Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Mittelbadischer Courier. 1896-1936
# 1930

221 (23.9.1930)

Visual Library

# Mittelbadischer Kurier

**Ettlinger Tagblatt**

**Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten**

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.75 M zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei ins Haus pro Monat 1.75 M Einzelnummer 10 Pfg. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. d. M. auf den Monatsletzten angenommen werden.

Verlag: Buch- und Steindruckerei R. Barth, Ettlingen, Kronenstraße 26. Fernspr. 78. Postscheckkonto 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politisch. Teil: Erich Pabel-Rastatt, für den lokalen und Inseratenteil: R. Barth, Ettlingen. Druck: K & H. Greiser G. m. b. H., Rastatt, Kaiserstr. 40/42. Schluß der Anzeigenannahme: 9 Uhr; dringende Anz. 10 Uhr.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Goldpfennig, Sammelanzeigen 10 Goldpfennig, Reklame-Anzeigen 25 Goldpfennig. Beilagen: Das Tausend 10 Goldmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtl. Beitreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden

**Nummer 221** | **Dienstag, den 23. September 1930** | **68. Jahrgang**


# Zusammenstoß Dr. Curtius — Zaleski

**Genf**, 23. Sept. Die Verhandlungen im Politischen Ausschuß des Völkerbundes in der Minderheitenfrage nahmen gestern unerwartet eine Wendung, die stark an den bekannten Luganoer Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Zaleski erinnerte.

Der polnische Außenminister betonte in ironisch und höhnisch gehaltenen Ausführungen, es sei ihm völlig unverständlich, warum die deutsche Abordnung als ständige Ratsmacht die Minderheitenfrage vor die Völkerbundsversammlung bringe. Für diese Frage bestehe die ausschließliche Zuständigkeit des Völkerbundsrates. Zu den Erklärungen des Abg. Koch-Weser, die Mehrheit des Ausschusses trete für die Gedankengänge der Deutschen ein, müsse er feststellen, daß die Mehrheit des Ausschusses den deutschen Standpunkt ablehne. Früher habe das Völkerbundssekretariat jährlich 300 Minderheitenbeschwerden als unzulässig erklärt. Es sei unverständlich, warum die deutsche Abordnung heute, wo nur 26 Minderheitenbeschwerden für unzulässig erklärt wurden, Protest erhebe. Er freue sich jedoch über gewisse Wandlungen, die in dieser Frage in letzter Zeit in Deutschland eingetreten seien. Er selbst sei ein aufrichtiger Freund der Minderheiten und sei in seiner Jugend in Polen als Angehöriger einer Minderheit erzogen worden, in der jedes polnische Wort bereits als Staatsverbrechen angesehen und bestraft worden sei. Zaleski richtete weiter an die deutsche Abordnung die offizielle Aufforderung, sich unumwunden zum sofortigen Abschluß eines Minderheitenschutzvertrages bereitzufinden und sich selbst dem bestehenden Minderheitenverfahren des Völkerbundes zu unterwerfen.

Die Erklärungen des polnischen Außenministers wurden in einer stark nervösen Atmosphäre mit außerordentlicher Spannung aufgenommen.

## Reichsaußenminister Dr. Curtius

ergriff sofort das Wort in deutscher Sprache zu einer mit großer Ruhe vorgetragenen Erklärung. Curtius begründete zunächst eingehend den deutschen Entschließungsantrag.

Die deutsche Abordnung habe keineswegs eine Aenderung der Madrider Ratsbeschlüsse beantragt, deren Revision sich jedoch bereits am Horizonte abzeichne. Er müsse sich jedoch auf das entschiedenste gegen die Auffassung wenden, als ob der Völkerbundsrat kein Recht habe, ohne Zustimmung der beteiligten Mächte das Minderheitenverfahren abzuändern. Die Minderheitenschutzverträge ergeben einwandfrei die Garantiepflicht des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten. Die gleiche Bestimmung finde sich in dem Minderheitenschutzvertrag Polens. Er zweifle nicht daran, daß sich in der Praxis ein weiterer Ausbau des Beschwerdeverfahrens vollziehen könne.

**Es liege im allgemeinen Interesse des Friedens und des Völkerbundes, daß die Oeffentlichkeit möglichst weitgehend über die Tätigkeit des Völkerbundes in der Minderheitenfrage unterrichtet würde. Man habe sich in Madrid nicht vorgestellt, daß die dort beschlossene Statistik so mager und dünn und nichtssagend ausgefallen wäre, wie dies jetzt geschehen sei. Es sei durchaus verständlich, daß die Minderheiten aufs tiefste über die bisherige Bekanntgabe der Minderheitenstatistik enttäuscht seien. Die deutsche Abordnung halte es daher für dringend notwendig, daß die Oeffentlichkeit in breitester Weise über die Tätigkeit des Völkerbundes in der Minderheitenfrage unterrichtet werde.**

Der Reichsaußenminister wandte sich sodann gegen die vom griechischen Außenminister vorgetragene These der Aufsaugung der Minderheiten. Er habe sich außerordentlich gewundert, daß diese längst abgetane Aufsaugungstheorie jetzt von neuem auflebe. Der Vergleich der in Amerika stattfindenden Aufsaugung müsse aufs schärfste abgelehnt werden. In Europa handele es sich um große geschlossene lebendige und bodenständige nationale Gruppen, die mit allen Fasern ihres Herzens an ihrer Religion, Sprache und Kultur hängen, die sie in jahrhundertelangem Kampf verteidigt haben. Die Aufsaugungstheorie ist ausdrücklich vom englischen Außenminister Chamberlain im Jahre 1929 zurückgewiesen worden. Er müsse auf das entschiedenste und schärfste gegen diese Theorie protestieren.

**Die Aufsaugungstheorie müsse ein für allemal als abgeschlossen und erledigt angesehen werden.**

Die Aufgabe könne heute nur sein, im Völkerbund die bestehenden Spannungen auszugleichen und die Ventile zu öffnen, um größeren Gefahren zu entgehen. Es sei dabei niemals die Absicht gewesen, die souveränen Staaten durch den Minderheitenschutz zu schwächen.

Curtius wandte sich sodann zu dem polnischen Außenminister. Er stelle fest, es sei gelungen, in einer offenen Aussprache vor der gesamten Oeffentlichkeit im Völkerbund die Minderheitenfrage zur Sprache zu bringen. Dies sei bereits ein großer Gewinn. Die an ihn vom polnischen Außenminister gerichtete Frage, ob Deutschland zur Ausdehnung der Minderheitenschutzverträge über die gegenwärtig durch sie gebundenen Staaten hinaus bereit sei, denke er, Curtius, in keiner Weise zu verneinen, er glaube jedoch, daß eine solche Ausdehnung nur im Kreise der europäischen Mächte stattfinden könne. Er müsse jedoch ausdrücklich feststellen, daß die Minderheitenschutzverträge in den Friedensverträgen den neu gegründeten Staaten als Verpflichtung auferlegt werden, ohne die sie überhaupt nicht ins Leben getreten wären. Wenn man jedoch zu einer allgemeinen Minderheitenregelung kommen sollte, so werde auch Deutschland keineswegs gezwungen sein, irgend etwas an den bestehenden Zuständen in Deutschland zu ändern.

## Zaunius gegen Curtius

**Genf**, 23. Sept. Der litauische Außenminister Zaunius hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß die litauische Regierung an sich durchaus die Gelegenheit begrüße, vor dem Völkerbundsrat die notwendigen Auskünfte über die von der deutschen Regierung beanstandeten Verwaltungsmaßnahmen geben zu können. Der deutsche Außenminister habe es jedoch nicht für notwendig gehalten, die Bestimmungen des Artikels 17 der Memel-Konvention einzuhalten, wie er nach den Berichen an den Völkerbundsrat am 20. September 1929 angenommen worden sei. Dr. Curtius habe sich damit begnügt, beim Völkerbundsrat zwei Beschwerden einiger Personen zu übermitteln, die zwar im Memel-Gebiet wohnten, die es jedoch vorgezogen hätten, anonym zu bleiben.

**Die Beschwerden dürfen nach Auffassung der litauischen Regierung in keinem Falle Gegenstand von Verhandlungen im Völkerbund sein.**

Zaunius erklärte am Schlusse seines Schreibens, diese Frage auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen, ablehnen zu müssen.

## In wenigen Worten

Die österreichische Bundesbahn-Angelegenheit hat zu einem ernsten Streit in der Regierung geführt. Man hört sogar vom Rücktritt des Bundeskanzlers und der Auflösung des Parlaments sprechen. Der österreichische Handelsminister Dr. Schuster ist in diesem Zusammenhang zurückgetreten.

*

Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

*

Der Reichspräsident empfing am Montag den Ozeanflieger von Gronau und dessen Kameraden.

*

Der Reichslandbund teilt mit, daß Reichsernährungsminister Schiele kein Reichstagsmandat anzunehmen beabsichtige.

*

Am Montag wurde der Privatdiskont für beide Sichten wiederum um 1/8 auf 3 3/8 heraufgesetzt.

**Der allgemein erwartete Versuch der litauischen Regierung, sich der Verhandlung der Memelbeschwerde vor dem Völkerbundsrat durch formale Hinweise zu entziehen, dürfte jedoch kaum Erfolg haben, da die in der Beschwerde angeführten Tatsachen bereits seit Jahren bestehen und keinerlei neue Tatsachen vorliegen, die eine besondere Untersuchung durch den Völkerbundsrat notwendig machen. Die Reichsregierung wird daher die sofortige Erledigung der beiden Hauptbeschwerdepunkte: Parlamentarische Bildung des Direktoriums und Unterlassung aller Wahlbeeinflussungen in den Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat fordern.**

# Allzu große Gegensätze verhindern einen Ausgleich

## Schluß der Minderheitenaussprache in Genf

**Genf**, 23. Septv. Die große zum Teil ungewöhnlich erregte Aussprache im Politischen Ausschuß der Völkerbundsversammlung wurde am Montag mit einer großen Anzahl weiterer Reden zum Abschluß gebracht. Die Aussprache hat eindeutig ergeben,

**daß sich die gegnerischen Staaten in keiner Weise geneigt zeigen, auf irgend einem Gebiete Entgegenkommen zu zeigen und jede Aenderung des gegenwärtigen Minderheitenverfahrens ablehnen.**

Am Schluß ergriff als deren Wortführer nochmals der

**französische Außenminister Briand**

das Wort zu einer fast einstündigen Rede, in der er offensichtlich versuchte, die gespannte Atmosphäre zu mildern. Er erklärte, es sei eine ernste Gefahr, daß von verschiedenen Seiten versucht werde, die Minderheiten dem Völkerbunde zu entfremden unter dem Vorwand, daß der Völkerbund ihnen nicht helfen könne oder wolle. Man müsse aber den Minderheiten klar machen, daß der Völkerbund und das Sekretariat seine Aufgabe voll und uneingeschränkt erfüllt habe (??). Briand beglückwünschte sodann die deutsche Abordnung zu dem Geist des Entgegenkommens, den sie bisher gezeigt habe, und unterstrich, daß der deutsche Antrag nur als eine Anregung, nicht als formeller Entschließungsentwurf eingebracht worden sei. Da jedoch keine anderen Vorschläge vorlägen,

**so habe der Berichterstatter die deutschen Vorschläge zur Grundlage seines Berichtes nehmen müssen.**

Der deutsche Antrag könnte aber in der Oeffentlichkeit dahin ausgelegt werden, als ob der Völkerbund erst jetzt nach 11 Jahren feststelle, daß es überhaupt keine Minderheiten gebe und daß in diesen elf Jahren für die Minderheiten nichts geschehen sei. Das sei völlig unzutreffend (?). Der Völkerbund habe **„im Rahmen der bestehenden Verträge"** seine Aufgabe voll und ganz erfüllt. Dieser deutsche Vorwurf sei daher ungerecht. Eine Abänderung der Madrider Beschlüsse lehnte Briand weiterhin als verfrüht ab. Er erwarte, so schloß Briand, daß der Berichterstatter in seiner der Vollversammlung vorzulegenden Entschließung hervorheben werde, daß weder der Völkerbundsrat noch das Sekretariat noch die Dreierausschüsse jemals ihre Pflichten in der Minderheitenfrage verletzt hätten.

Vorher vertrat der

**griechische Außenminister Michalakopulos**

mit großem Nachdruck die von dem Brasilianer Mello Franco seinerzeit vorgebrachte Aussaugungstheorie. Die Minderheitenschutzverträge seien lediglich eine Uebergangsregelung. Die dann folgende Erklärung des südslawischen Außenministers Marinkowitsch zeichnete sich gleichfalls durch eine ungewöhnliche Schärfe aus. Selbst wenn der Völkerbundsrat eine Abänderung des in Madrid beschlossenen Verfahrens beschließen würde, würde seine Regierung diese dennoch ablehnen und nur dann ihre Zustimmung geben, wenn die Verpflichtung zum Minderheitenschutz auf sämtliche Staaten ausgedehnt würde. Die südslawische Regierung lehne den deutschen Entschließungsentwurf ab, da darin eine unberechtigte Kritik am Völkerbundsrat enthalten sei. Graf Apponyi erklärte unter großer Aufmerksamkeit, Ungarn begreife den Wunsch der übrigen Staaten nach Beseitigung der Ungleichheiten. Er nehme jedoch die Regierungen beim Wort und erwarte, daß sie Ungarn auch dann unterstützen würden, wenn Ungarn eine Beseitigung der im internationalen Leben bestehenden und auch Ungarn auferlegten Ungleichheiten fordern werde.

**Der italienische und englische Vertreter**

beantragten sodann den Abschluß der Generalaussprache mit dem Hinweis, **die Gegensätze in der Minderheitenfrage seien so groß, daß ein Ausgleich nicht zu erwarten sei** und die Aussprache sonst einen uferlosen Verlauf nehmen werde.

# Der deutsche Standpunkt zur Meistbegünstigung

**Genf**, 23. Sept. Im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung legte am Montag der frühere Abgeordnete von Rheinbaben, der anstelle Breitscheids an den Verhandlungen teilnimmt, den deutschen Standpunkt zu den wirtschaftspolitischen Fragen dar. Er ging auf die **besonders schwierige Lage der deutschen Wirtschaft** ein, die durch den Ausgang der Wahlen blitzartig beleuchtet worden sei, und schloß sich den vielfach erhobenen Forderungen an, jetzt zu praktischer Verantwortung und gemeinsamen Handlungen der Regierungen überzugehen. In der Frage der Meistbegünstigungsklausel steht die deutsche Abordnung, so sagte Rheinbaben, auf dem Standpunkt,

**daß die Meistbegünstigung die einzig brauchbare Grundlage für einen stark entwickelten Warenaustausch zwischen den Völkern darstelle.**

Die bisher einander widersprechenden Anregungen zur Auslegung der Meistbegünstigungsklausel müssen in Einklang gebracht werden. Deutschland ist unter den Tarifvertragsstaaten nicht der erste Staat gewesen, der zu dem Mittel des Zollkontingents gegriffen hat. Es hat daher kein Zweifel darüber bestanden, daß die Anwendung des Kontingents in derselben Höhe, wie es der Vertragsgegner erhalten hat, auch bei den meistbegünstigten Staaten sich mit der Meistbegünstigungsformel verträgt. Auch in Deutschland ist die Befriedigung über die moderne Entwicklung der Meistbegünstigung nicht restlos. Die Bevorzugungen, die vielfach im Verkehr zwischen benachbarten Staaten gemacht worden sind, bedeuten einen starken Einbruch in die Wirkungen der Meistbegünstigung. Wenn bei den Staaten, die bisher Zolltarifbedingungen überhaupt abgeneigt waren, eine Aenderung in der grundlegenden Auffassung eintritt, wie dies

scheinbar in England der Fall ist, so ist Deutschland ebenfalls zu solchen Bindungen bereit.

Ich frage, ob nicht die Vorteile aus dem gegenseitigen, allen übrigen Staaten zum Beitritt offenstehenden Wirtschaftsverträgen von der Meistbegünstigung ausgenommen und nur auf die Vertragsstaaten beschränkt werden können. Vielleicht könne auf diesem Wege den Ländern im Südosten von Europa, die bei dem gegenwärtigen Regime der Meistbegünstigung keinen Ausweg für ihre Getreideüberschüsse finden, geholfen werden. Deutschland ist mit bereit, diesen Ländern zu einem besseren Absatz ihrer Ueberschüsse zu helfen, wenn dafür ein gangbarer Weg gefunden wird. Aber auch diese Lösung ist von der verständnisvollen Mitarbeit der gegenwärtig meistbegünstigten Staaten abhängig. Die deutsche Abordnung hat in den Beschlüssen der Warschauer Landwirtschaftskonferenz insofern eine Lücke festgestellt, als man von den Industriestaaten die bevorzugte Aufnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse verlangt, aber nichts über die Bereitwilligkeit der Landwirtschaftsstaaten zu bevorzugter Aufnahme der Industriewaren sagt.

Nach deutscher Auffassung gibt es zur Lösung zwei Wege:

1. der mit großen Schwierigkeiten verbundene Weg des Zusammenschlusses in einer völligen Zollunion, da die Ausfuhr der Vereinigten Staaten die Erweiterung des inneren Marktes von allerhöchster Bedeutung für die daran beteiligten Volkswirtschaften ist,

2. die vom österreichischen Bundeskanzler empfohlene regionale Verständigung.

Die deutsche Abordnung wird sich der Aussprache über die Ausfuhrprämie, die unter den indirekten Protektionismus fallen, nicht entziehen. Die Handelspolitik ist durch den europäischen Gedanken vor eine neue Aufgabe und vor weitere Perspektiven gestellt worden. Insbesondere kann die bisherige Handhabung der Meistbegünstigung von der neuen europäischen Problemstellung nicht unberührt bleiben. Der Wirtschaftsausschuß wird sich daher, wenn ihm die beantragte Prüfung der Handhabung der Meistbegünstigung dieser Frage zugesagt wird, sich in ständiger Fühlungnahme mit dem europäischen Studienkomitee halten müssen.

## Dr. Breitscheid im Abrüstungsausschuß

**Genf, 23. Sept.** Im Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung wurde am Montag das

**Abkommen über die Kriegsverhütungsmaßnahmen**

erörtert. Die deutsche Abordnung hat einen Abänderungsantrag eingebracht, wonach der Völkerbund bei drohender Kriegsgefahr auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundspaktes eine Zurückziehung der bereits in das feindliche Gebiet oder in die entmilitarisierten Zonen eingedrungenen Truppen fordern könne, die auf eine bestimmte Entfernung von der Grenze gebracht werden müßten, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die vertragschließenden Staaten sollen sich verpflichten, derartigen Anordnungen des Völkerbundsrates Folge zu leisten, ohne jedoch die Befestigungen aufzugeben, die in normaler Zeit von ihnen besetzt sind. Nach einem weiteren deutschen Abänderungsantrag kann der Völkerbundsrat von den vertragschließenden Staaten verlangen, daß sie ihren Truppen die Anweisung geben, weder Feindseligkeiten zu begehen, noch zu provozieren.

Dr. Breitscheid gab zur Begründung dieser deutschen Anträge eine Erklärung in französischer Sprache ab, daß der deutsche Vorschlag die bisherigen Gegensätze in dieser Frage beseitigen und den Abschluß eines Abkommens auf dieser Vollversammlung des Völkerbundes ermöglichen solle.

**Der deutsche Vorschlag habe den Zweck, zu verhindern, daß die Gewehre von selbst losgehen.**

Wenn die Regierungen vom guten Willen beseelt seien, einen Konflikt in friedlicher Weise zu regeln, so könnten sie nicht wünschen, daß die Militärs diesen guten Willen sabotierten. Die deutsche Abordnung wisse aus der Erfahrung des Weltkrieges, mit welcher großen Leichtigkeit Militärs zu Maßnahmen greifen, die folgenschwere Gegenmaßnahmen zur Folge haben könnten. Falls eine Einigung nicht zustande käme, so müsse der Abschluß des Abkommens dem Völkerbund selbst übertragen werden.

## Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz zum 1. November 1931 geplant

**Genf, 23. Sept.** In den maßgebenden Abordnungen ist jetzt Uebereinstimmung dahin erzielt worden,

**daß die Vollversammlung des Völkerbundes die Weltabrüstungskonferenz zum 1. November 1931 einberufen soll. Ein dahingehender Entschließungsantrag wird im Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung in den allernächsten Tagen eingebracht und behandelt werden. Man erwartet jedoch, daß über diesen Antrag keine große Aussprache stattfinden wird. Die Vollversammlung dürfte vielmehr sofort einstimmig die Konferenz einberufen.**

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß soll alsdann Anfang November ds. Js. voraussichtlich zu einer weiteren Tagung zusammentreten. Da jetzt in den grundlegenden Fragen der Abrüstung insbesondere über die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven und des Bildmaterials in die geplanten Abkommen, die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung unverändert andauern, wird voraussichtlich ein einheitlicher Entwurf nicht zustande kommen. In den Hauptfragen dürfte demnach die Entscheidung der Konferenz selbst überlassen bleiben.

## Curtius vor dem Genfer Mikrophon

Am Samstag abend wurde Reichsaußenminister Dr. Curtius im Senderaum der Genfer Rundfunkgesellschaft von Chefredakteur Dr. Räuscher befragt. Auf verschiedene Fragen erklärte Dr. Curtius u. a., daß die **oberschlesischen Beschwerden** in Genf zu unserer Befriedigung entschieden worden seien. In der Frage des **Saar-Bahnschutzes** habe Deutschland den Vorschlag des Berichterstatters Scialoja angenommen und so sein Ziel ohne neue Zugeständnisse erreicht. Zum **Paneuropa-Problem** erklärte er, daß die deutsche Regierung die Gemeinsamkeit der europäischen Interessen durchaus bejahe. In den Studienausschuß des Völkerbundes sollten jedoch nach deutscher Ansicht auch die Türkei, Rußland und die Vereinigten Staaten aufgenommen werden. In der Frage des **Minderheitenschutzes** sei es der deutschen Regierung darauf angekommen, das in Madrid durchgesetzte neue Verfahren auszubauen. Der Kern des Problems sei nicht die rechtliche Verbriefung, sondern die praktische Verwirklichung der Rechte der Minderheiten. Der Weg zu Paneuropa führe notgedrungen über die Befriedigung der Minderheiten. Zur **Abrüstungsfrage** erklärte er, daß Deutschland nach wie vor auf allgemeiner Abrüstung bestehen müsse. Die Abrüstungsmühle mahle zwar langsam, aber sie stehe doch nicht still. Es sei ein Fortschritt, daß die deutsche These diesmal von Henderson und Scialoja anerkannt worden sei. Zu den **Wirtschaftsfragen** bemerkte Curtius, daß die deutsche Regierung hier dem österreichischen Standpunkt beitrete, daß man zunächst regionale Lösungen versuchen müsse. Die englischen Wünsche bezüglich einiger Zollerleichterungen würde Deutschland nicht zurückweisen können, da es verhindern müsse, daß England vom Kontinent abgedrängt werde und um das Britische Weltreich hohe Zollmauern errichte.

# Vor einer Kabinettskrise in Wien?

**Wien, 23. Sept.** Die Bundesbahnangelegenheit hat zu einem ernsten Streit in der Regierung geführt. Wie erinnerlich hat der Vizekanzler Vaugoin vor kurzem in der „Reichspost" erklärt, daß auch der Präsident der Bundesbahnen Banhans 60 000 Schilling an Gratifikationen ausgezahlt habe. Erst Monate später habe er die nachträgliche Genehmigung des Ministerrates dafür verlangt aber nicht erhalten. Diese Behauptung des Vizekanzlers wurde von Handelsminister Dr. Schuster amtlich dementiert. Nunmehr erklärt Vaugoin in dem christlich-sozialen „Wiener Montagblatt", er lasse sich das auf die Dauer nicht mehr bieten. Seine Veröffentlichung in der „Reichspost" sei bezüglich der übrigen zuständigen Stellen erfolgt. Der Ministerrat habe sogar den Entschluß gefaßt, die Angelegenheit Banhans am gleichen Tage amtlich zu veröffentlichen, an dem die Mitteilung Vaugoins in der „Reichspost" erschien. Dieser Beschluß sei nur nicht durchgeführt worden.

Das Blatt erklärt, daß die Christlich-Soziale Partei geschlossen hinter Vaugoin stehe. Dagegen behaupten linksstehende Montagsblätter Handelsminister Schuster habe sein Rücktrittsgesuch eingereicht, jedoch werde Vaugoin zurücktreten.

Wenn die christlich-soziale Partei sich hinter Vaugoin stelle, bleibe nichts anderes übrig als der Rücktritt des Bundeskanzlers oder die Auflösung des Parlaments.

## Die „Wiener Neuesten Nachrichten" beschlagnahmt

**Wien, 22. Sept.** Die „Wiener Neuesten Nachrichten", die in ihrer Montagsausgabe erklärt hatten, daß im Falle eines Rücktritts des Bundeskanzlers die österreichische Währung nicht unberührt bleiben würde, sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Diese Maßnahme erregt um so mehr Aufsehen, als die „Wiener Neuesten Nachrichten" dem Bundeskanzler nahestehen, besonders da auch der erwähnte Artikel zur Verteidigung der Stellung des Bundeskanzlers geschrieben ist.

## Der österreichische Handelsminister zurückgetreten

**Wien, 23. Sept.** Die durch die Bundesbahnangelegenheit entstandene politische Lage ist am Montag mittag in ein akutes Stadium getreten. Der Handelsminister Dr. Schuster hat seinen Rücktritt erklärt. Man kann jedoch mit Sicherheit annehmen, daß Vizekanzler Vaugoin von der Christlichsozialen Partei in seiner bisherigen Stellung gestützt wird.

—*—

## Schwarzer Tag an der Newyorker Börse

**Ueber eine Milliarde Dollar Verluste.**

**London, 23. Sept. An der Newyorker Effektenbörse gingen am Montag über eine Milliarde Dollar durch wilde Verkäufe verloren. Die Kurse brachen in jeder Branche vollständig zusammen und tausende von Aktien wurden als völlig wertlos abgestoßen.**

## Der Inka-Schatz gefunden

**Newyork, 23. Sept.** Nach langem vergeblichem Suchen ist es einem Rechtsanwalt Torre, der aus Panama an der Spitze einer Schatzgräbergruppe nach Ecuador aufgebrochen war, gelungen, den sagenhaften Inka-Schatz in der Nähe des Indianerdorfes Nizak zu finden. Als die spanischen Eroberer unter Cortez in das damals mächtige Inkareich drangen, erstaunten sie über die ungeheuren Reichtümmer an Gold und Smaragden, die das Inkavolk besaß. Ihr Säulentempel war aus purem Golde, ebenso die Tempelgeräte und der Palast des Inkakönigs. Und die Wohnungen der Adligen umschlossen unschätzbare Vermögen. Die Inka gaben den Spaniern gerne von ihren Schätzen, aber die Habgier der Eroberer kannte keine Grenzen. Sie mordeten und plünderten, bis die Inka schließlich in ihrer Verzweiflung ihre Goldschätze in tiefe Gebirgsseen warfen und in Höhlen verbargen. Torre hatte nun die Begräbnisstätte des letzten Inkakönigs Atahualpa, die den eingeborenen Indianern als ein Heiligtum galt, entdeckt. Der dort gefundene Schatz an Gold und Smaragden hat einen ungeheuren Wert. Torre hat seine Regierung in Panama ersucht, ihm Soldaten zum Schutz zu senden, da er Ueberfälle der Indianer befürchtet, die sich der Hebung des Goldschatzes widersetzen würden. Auch über das Besitzrecht am Schatze dürften Streitigkeiten ausbrechen, da noch direkte Nachkommen des letzten Inkakönigs gänzlich verarmt in einem Dorfe leben und da auch die Regierung von Ecuador Ansprüche stellen wird.

# Die reichste Frau der Welt

EIN ABENTEUERLICHER ROMAN VON ANTON SCHWAB

38)

„Wie sind Sie zu dem Indianer gekommen?" fragte Marschall.

Der Professor überlegte. „Ich lernte ihn auf einer meiner Reisen nach dem Yukatan kennen. In der Nähe von Mervida, er hat mich, dreimal glaube ich, geführt. Prachtvoll geführt, bis wir eben nicht weiterkonnten. Zwei Tage nach der Ankunft Don Martinos, der mir den Tod meines geliebten Freundes meldete, erschien Sternenvogel plötzlich in Verakruz. Ich sprach mit ihm, und er sagte mir, daß er in ganz Mexiko herumgewandert sei und durch Zufall nach der großen Stadt am Meer gekommen sei. Ich behielt ihn als Diener, und er war bescheiden, genügsam und von hoher Intelligenz. Nur sehr verschlossen ist er. Würde es mir gelingen, ihn zum Sprechen zu bringen, ich glaube, mein Werk über Mexiko, an dem ich jetzt arbeite, das sähe anders aus. Er kennt das Land. Mexiko ist heute noch voll von Geheimnissen."

Mit dem größten Interesse hatte man den Ausführungen zugehört, als plötzlich der alte Diener Paolo mit allen Zeichen des Entsetzens hereinstürzte.

„Don Gomez," rief er emphatisch aus, „die Polizei ist da! Don Manuel de Sanquilla wünscht Sie zu sprechen."

Da erschien auch schon hinter dem Diener der Polizeikapitän Manuel de Sanquilla mit vier Polizisten.

Er grüßte devot.

Der Professor hatte sich erhoben und sagte, den Gruß erwidernd:

Don Manuel de Sanquilla, Sie stören uns. Ich habe Gäste! Was wünschen Sie?!

Marschall hatte einen Blick mit der entsetzten Eva gewechselt und flüsterte ihr zu: „Ohne Sorge! Machen Sie sich keine Gedanken."

„Don Gomez!" sagte der Polizeikapitän. „Ich bin untröstlich, daß ich Ihren Abend stören muß. Aber die Pflicht, die bittere Pflicht. Und die Höflichkeit gegen das Ausland. Sie wissen! Ich — muß eine Verhaftung vornehmen, denn Sie bergen in Ihrem Hause einen — Mörder. Erschrecken Sie nicht, edler Don, aber es ist so. Ich habe die telegraphische Anweisung aus Deutschland vom Polizeipräsidium in — schwerer Name die Stadt — ich soll Don Marschall, der Gast in Ihrem Hause ist, verhaften. Man sucht ihn wegen Mordes."

Der Professor war unfähig, ein Wort zu sprechen.

Marschall hatte sich erhoben und trat vor.

In seinem männlich kühnen Gesicht zuckte nicht ein Muskel. Ganz verbindlich sagte er: „Ich bin Werner Marschall! Die Order, die Sie erhalten haben, ist ja ein Wahnsinn. Ich verlange, daß zurückgefragt wird. Ich werde mich solange zu Ihrer Verfügung halten. Ich verpflichte mich dazu."

„Ich bedaure lebhaft, Don Marschall!" sagte der Polizeikapitän. „Ich muß Sie bitten, mir zu folgen. Wir werden Sie unterbringen, so wie es einem Caballero gebührt, und werden zurückfragen. Aber — ich muß Sie verhaften."

„Aber, Don Manuel!" rief der Professor entrüstet aus.

„Dienst, Don Gomez! Ich bitte um Verzeihung. Dienst! Und es ist noch eine Sache. Donna Eva Buc — Bucener, wir haben die Order erhalten, Sie sofort per Schiff nach Deutschland zurückzuschicken. Donna Eva Bucener ist noch nicht mündig. Sie hat sich ohne die Erlaubnis des Vaters entfernt."

Immer entsetzter wurde der Professor.

„So wollen Sie wohl auch noch Donna Eva verhaften und in eine Zelle stecken?"

„Aber ich bitte Sie, Don Gomez! Ich habe mit dem Präsidenten gesprochen, Exzellenz wollen davon absehen und gestatten, daß Donna Eva Bucener Ihr Gast ist, bis der deutsche Dampfer anlegt."

Eva atmete erleichtert auf.

Marschall verabschiedete sich von ihnen und folgte der Polizei.

Eva war lange keines Wortes mächtig. John Hiller redete ihr gut zu. Zärtlich wie ein Bruder sprach er und sagte, daß er sich um Marschall kümmern werde.

Dem Mädchen taten die Worte wohl.

Dann aber ließ sie sich entschuldigen und zog sich auf ihr Zimmer zurück.

So fand die Tafel ein unerfreuliches Ende. —

Don Gomez ging aufgeregt in seinem Arbeitszimmer auf und ab.

Elvira bat den Vater: „Aber so beruhige dich nun doch, Papa. Es wird sich doch alles aufklären. Don Marschall ist niemals ein Mörder. Das muß dir dein gesunder Menschenverstand sagen."

Der Professor nickte.

„Ja, aber die Schande! Die Polizei in meinem Hause. Führt einen von meinen Gästen als Mörder fort. Es ist furchtbar."

„Verakruz hat drei Tage etwas zu reden! Zweifellos, das hat es. Aber nach drei Tagen wird etwas anderes geschehen, und alles ist vorüber. Du darfst dich nicht so um andere Leute kümmern, Papa."

„Ja, ja, ein Glück, daß deine Mamita nicht da ist, ein Glück! Sie läge drei Tage krank. Sie regt sich so leicht auf."

Elvira nickte. „Was wirst du nun tun?"

Erstaunt sah der Professor seine Tochter an.

„Was soll ich tun?"

(Fortsetzung folgt.)

# Aus Ettlingen-Stadt und Land

**Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderats vom 19. September 1930.**

Die Verpachtung von städtischen Grundstücken und Gartenparzellen wird genehmigt.

Die durch Zuruhesetzung des Hausmeisters Rutschmann auf 1. Oktober 1930 freiwerdende Hausmeisterstelle am Realgymnasium wird dem Waldarbeiter Alois Mackert übertragen.

Die Vorschläge der Finanzkommission wegen Ermäßigung, Nachlaß und Stundung von Gemeindesteuern, Kanalkosten, Wassergeld, Miete usw. werden genehmigt.

Auf Grund §§ 1 und 2 des zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 (Notverordnung) wird für den Bezirk der Stadtgemeinde Ettlingen eine neue Gemeindebiersteuerordnung erlassen, durch die die Steuersätze der Biersteuer in einer Weise erhöht werden, die in der Praxis eine Erhöhung der Bierverkaufspreise beim Ausschank um 1 Pfg. für 3/10 Liter Bier bedeuten wird. Die Gemeindebiersteuerordnung vom 14. Juni 1927 auf Grund des § 15 des Finanzausgleichsgesetzes vom 9. April 1927 tritt auf 30. 9. 1930 mit der Einschränkung außer Kraft, daß sie für den Fall der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 wieder in Kraft gesetzt wird. Die Zustimmung des Bürgerausschusses ist hierzu einzuholen.

Zum Zwecke der Beschäftigung von Arbeitslosen und Wohlfahrtserwerbslosen (Ausgesteuerten) hat der Gemeinderat vorbehaltlich Zustimmung des Bürgerausschusses beschlossen:

1. Die Stadtentwässerung ist durch Erstellung eines Sammelkanals von der Bulacher Straße (Anwesen Wunsch) in das Gebiet rechts der Alb durch die Scheffelstraße bis zur Abzweigung der Buhlstraße mit einem Aufwand von 80 000 Reichsmark fortzuführen. Die Arbeit ist als Notstandsarbeit auszuführen.

2. Es sind folgende Arbeiten zur Anlegung und Ausbesserung von Holzabfuhrwegen im Stadtwald auszuführen: a) Ausbau und Instandsetzung des Kalberklammweges mit einem Aufwand von 6000 RM.; b) Ausbesserung von Wegen in verschiedenen Walddistrikten, deren Auswahl dem Gemeinderat überlassen bleiben soll, mit einem Aufwand von 4000 RM.; c) Ausführung eines Teilabschnittes eines in Distrikt I Abt. 8, Kehreck, neu anzulegenden Fahrwegs mit einem Aufwand vson 17 000 RM.; zus. 27 000 RM.

3. Zwischen Langenwingert und Steigenhohlstraße ist durch Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen diesen beiden Straßen und einer Verbindungsstraße zwischen dieser neuen und der Schützenstraße, unter Einbau der erforderlichen Entwässerungskanäle in den anzulegenden Straßen, mit einem Aufwand von 32 500 RM. neues Baugelände zu erschließen.

Für die auf 23. September 1930 festgesetzte Bürgerausschußsitzung wird die Einladungsfrist auf zwei Tage abgekürzt.

Das Baugesuch der Baugesellschaft Ettlingen zur Erstellung eines Wohnhauses an der Zehntwiesenstraße, des Versicherungsbeamten Christian Fritz zur Erstellung eines Wohnhauses an der Schloßgartenstraße und ein Ergänzungsbaugesuch der Firma Gebr. Buhl A.G. zur Erweiterung eines bestehenden Anbaues werden dem Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

Vergeben werden zu den eingereichten Angebotspreisen die Gipser-,Schlosser- und Zimmerarbeiten zu der Einfriedigung des Hauses Rheinstraße Nr. 27, entlang des Rohrackerwegs, sowie die Lieferung von 12 neuen Stahlrohrbettstellen für das städtische Krankenhaus.

Das Taglohnfuhrwerk, Fahren des Leichenwagens und die Gestellung der Gespanne für den Latrinenabfuhrbetrieb im Wirtschaftsjahr 1930/31 werden zu den eingereichten Angeboten vergeben.

Auf Antrag des Ortsausschusses für Leibesübungen werden für die Turnhallen Turngeräte angeschafft bzw. ergänzt. Die Anschaffungen dürfen nur im Rahmen des Voranschlages erfolgen.

Anläßlich der in den Volksschulen alljährlich stattfindenden Verfassungsfeiern werden den Schülern und Schülerinnen Brezeln verabreicht; die hierzu nötigen Mittel werden im Voranschlag bereitgestellt.

Die Dienststunden der städt. Betriebe werden vom 29. September 1930 an für das Winterhalbjahr wie folgt festgesetzt: an den ersten 4 Wochentagen von 8—12½ Uhr vorm. und 2—6 Uhr nachm.; Freitag von 8—12½ Uhr vorm. und 2—6½ Uhr nachm.; Samstags von 8—1 Uhr. An den Tagen vor Weihnachten, Neujahr und Ostern tritt der Geschäftsschluß um 12 Uhr ein. Für den Verkehr des Publikums bei den städt. Kassen bleiben die bisher festgelegten Kassenstunden bestehen.

Der vom Forstamt aufgestellte Hieb- und Kulturplan findet die Zustimmung des Gemeinderats.

Eine durch Wegzug freiwerdende städt. Wohnung wird vermietet und die Miete für eine städt. Wohnung festgesetzt.

*

≡ **Der Termin für die Gemeindewahlen,** mit denen die Bezirksrats- und Kreisratswahlen verbunden sind, ist auf Sonntag, den 16. November bestimmt. Gewählt wird wie üblich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis abends 6 Uhr; kleinere Gemeinden dürfen diese Zeit um 2 Stunden kürzen.

≡ **Gestorben** in Sulzbach: Alfred Rohrhirsch, 44 Jahre alt. Beerdigung Dienstagnachmittag 5 Uhr.

≡ **Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Rebleute e. V. Ettlingen** erfreute sich am Sonntag eines guten und zahlreichen Besuches. Vorstand Utz begrüßte die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt. Als ersten Punkt behandelte der Vorstand die heißen und nassen Jahrgänge seit 1910, gab ein anschauliches Bild über den Stand der Reben im Jahre 1930, die durch intensive Bekämpfung der Schädlinge einen außerordentlich guten Herbst in Aussicht stellten. Leider wurde die Freude der Winzer kurz vor der Ernte durch ein schreckliches Hagelwetter, das am 12. September über den halben Berg niederging, um die Hälfte des Erträgnisses vernichtet. Aus diesen Erwägungen heraus konnte der Vorstand deshalb sofort zu dem zweiten Punkt „Herbst betr." übergehen. In klarer Weise behandelte er den derzeitigen Stand der Trauben und gab viele Winke bekannt, die alle Beherzigung fanden. Im Anschluß stellte der Vorstand den heiklen Punkt zur Diskussion, über den des längeren und breiteren gesprochen wurde. Zum Schluß einigte sich die Versammlung dahin, folgendes Gesuch dem Gemeinderat zu unterbreiten: In Anbetracht des heutigen Zustandes der Trauben wolle der Vorherbst auf Donnerstag, den 25. September, der Hauptherbst auf Dienstag, den 7. Oktober d. Js., festgesetzt werden. Als dritter Punkt „Bestellung von Rebsetzlingen" ersuchte der Vorstand die anwesenden Mitglieder, ihre Bestellungen auf Rebsetzlinge sofort zu machen, damit das Weinbauinstitut von den Bestellungen in Kenntnis gesetzt werden kann. Weitere Anmeldungen nimmt der Schriftführer Rudolf Baureithel, Zwingerstraße 30, bis zum 5. Oktober entgegen, spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. In einem längeren Referat erläuterte der Vorstand Utz zum Schluß noch die Behandlung des Weines, der dieses Jahr besondere Aufmerksamkeit und Pflege verlangt, wünschte allen Winzern einen guten Herbst und schloß seine trefflichen Ausführungen mit dem Ettlinger Rebspruch:

Ettlinger Wein — Blutfarbig im Schein,
Höchsthaltig, wenig herb, — Schützt gegen Verderb!

≡ **Das Spiel- und Sportfest der Schillerschule.** Am Sonntag, den 20. September, fand das übliche Sport- und Spielfest der Schillerschule in der neuen Turnhalle statt. Ein abwechslungsreiches Programm kam zur Aufführung. Die Freiübungen wurden durch die Schülerinnen sicher und gewandt durchgeführt und wirkten in der Masse schön und harmonisch. Besonders die Keulenübungen der Oberklassen zeigten turnerische Exaktheit und rhythmisches Empfinden und ergaben ein recht gutes Bild. Sehr schön und heiter anzusehen waren die Singspiele und Volkstänze, in denen die Kinder ihr bestes Können zum Ausdruck brachten. Auch die Turnspiele nahmen einen guten Verlauf, obwohl sie wegen des schlechten Wetters in der Turnhalle abgehalten werden mußten. Die Gesamtaufführung bot in ihrer Geschlossenheit viel Schönes und Interessantes, das dem Fleiß und der Ausdauer der Turnlehrerinnen zu danken ist, sowie der feinsinnigen, musikalischen Begleitung, die sehr zur Stärkung des rhythmischen Gefühls beitrug. Das ganze war umrahmt von frischen Liedern der Oberklassen. In einer kurzen Ansprache skizzierte der Schulleiter in sinnvollen Worten Zweck und Ziel des Schulturnens, das zur Ertüchtigung, zur Stählung von Körper und Geist unserer Jugend beiträgt.

≡ **Die Schwerkriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer** halten heute abend 8 Uhr in der „Krone" ihre Monatsversammlung ab. Neben einem Vortrag wird dabei auch die Kriegsbeschädigten-Ausfahrt besprochen. Die Teilnehmer an dieser mögen daher restlos erscheinen.

≡ **Filmschau.** Die Union-Lichtspiele warten ab heute bis einschließlich Donnerstag mit einem erstklassigen Doppelprogramm auf. Als 1. Film läuft der indische Großfilm: „Rajah, das Herz des Maharadscha", ein Film von ungeheurer Wucht und Spannung nach einem Roman der indischen Dichterin Jerbanu Kothawala. — „Heiraten und nicht verzweifeln" lautet der Titel des Hauptfilms im neuen Spielplan, der eine Fülle von Humor bringt und damit einige vergnügte Stunden bereitet. Der Titel des Films deutet schon an, daß hier die Geschichte eines geplagten Ehemannes geschildert wird, allerdings so humorvoll und tragikomisch daß immer neue Heiterkeitsausbrüche beweisen, wie ausgezeichnet sich das Publikum amüsiert. Die Hochzeitsreise über das große Wasser mit den unzähligen Hindernissen gibt Monty Banks, als Märtyrer der Liebe, Gelegenheit, sein künstlerisches Können als Groteskkomiker erneut zu beweisen. Eine große Reihe blendender Einfälle und überaus lustiger Sensationen sind originell und verfehlen daher ihre Wirkung nicht. Wer eine gute Zwerchfellmassage wünscht, besuche also die Union-Lichtspiele. Beginn täglich 8.30 Uhr.

—* **Die hohen israelitischen Feiertage beginnen dieser Tage.** Das Neujahrsfest des Jahres 5691 wird am 23. und 24. September gefeiert. Am 2. Oktober findet das Versöhnungsfest, auch Langer Tag genannt, statt. Die beiden Feste werden streng gehalten. Es folgen am 15. und 16. Oktober das Laubhüttenfest und am 22. Oktober Laubhüttenfestende und schließlich am 23. Oktober das Fest der Gesetzesfreude.

× **Der Fremdenverkehr in Baden** hat im Monat August offensichtlich seinen Höhepunkt für dieses Jahr erreicht. Im ganzen sind vom Badischen Statistischen Landesamt in rund 250 Fremdenplätzen 228 170 angekommene Fremde mit 900 903 Uebernachtungen festgestellt worden. Gegenüber dem Vormonat Juli ds. Js. sind dies rund 32 000 Fremde und 160 000 Uebernachtungen. Der Ausländerverkehr hat sich auch im August befriedigend entwickelt. Er brachte insgesamt 44 220 Ausländer mit 84 010 Uebernachtungen. Von den einzelnen Herkunftsländern stehen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 12 781 Besuchern an erster Stelle. Es folgen England mit 9975 Fremden, Holland mit 7689, Schweiz mit 4536, Oesterreich mit 2372 und Frankreich mit 2271. Hinsichtlich der Aufenthaltsdauer stehen die Engländer mit 18 683 Uebernachtungen obenan. Fast ebensoviele Uebernachtungen (18 436) weist Holland auf; es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika (16 170), die Schweiz (11 245), Frankreich (5682) und Oesterreich (3422).

# Ettlinger Bürgerausschußvorlagen

II.

**Ausbesserung von Wegen in den verschiedenen Walddistrikten.**

Ihre Auswahl soll nach Maßgabe der Dringlichkeit durch den Gemeinderat im Benehmen mit dem Forstamt getroffen werden. Kosten rund 4000,— RM.

**Anlegung eines Fahrweges in Distrikt I, Abt. 8, Kehreck.**

Etwa 150 Meter oberhalb der „Wilhelmshöhe" führt von der Schöllbronner Straße ein Holzabfuhrweg nach der Kehrklinge, ca. 100 Meter oberhalb des dort vorhandenen Wasserbehälters. Dieser Weg soll über den dort befindlichen Bach hinweg, ungefähr auf halber Höhe zwischen Wilhelmshöhe und Kehreck — teilweise unter Benützung eines dort vorhandenen Fußweges — um diesen Berg herum weitergeführt werden und auf den Fahrweg einmünden, der oberhalb der Villo Stober nach der Waldabteilung Tannengarten führt. Bei der Abzweigung des bereits bestehenden Fußweges von der Schöllbronnerstraße ist die Anlegung einer Wegkurve gedacht, die ein gefahrloses Einfahren der Holzwagen aus dem Wald auf die Schöllbronner Straße gewährleistet. Die Gesamtkosten dieser Weganlage betragen etwa 31 000 Mark. Von dem Fahrweg soll zunächst nur der Teil von der Kehrklinge aufwärts bis etwa in Höhe des Kehreck-Pavillons ausgeführt werden. Die Kosten hierfür betragen etwa 17 000 Mark.

Die Waldwegekosten, die sich auf insgesamt 27 000 Mark belaufen, sollen durch ein Darlehen, das die Waldkasse aufnimmt, gedeckt werden. Die Verzinsung dieses Darlehens, für dessen Sicherung die in Händen der Stadt befindlichen Goldmarkwertpapiere zwecks Erlangung eines günstigen Zinsfusses verpfändet werden sollen, geschieht zum Reichsbanklombardsatz mit 5 Prozent, wozu noch Verwaltungskosten mit ¼ bis ½ Prozent hinzutreten, so daß die Verzinsung zur Zeit auf 5¼ bis 5½ Prozent zu stehen kommt. Die Verzinsung und Tilgung sollen aus Einnahmen der Hiebsatzerhöhung bei der Waldkasse erfolgen. Die Art der Tilgung soll dem Gemeinderat überlassen werden und wird sich nach der Absatzmöglichkeit und den jeweiligen Holzpreisen richten.

**Erschließung von Baugelände zwischen Langewingert und Steigenhohlstraße.**

Die Bauplätze im Langenwingertäckergebiet sind, soweit sie der Stadtgemeinde gehören, nahezu alle vergeben und bebaut. Im Schloßgartengebiet gehen die städt. Bauplätze ebenfalls allmählich zur Neige. Es muß deshalb neues Baugelände erschlossen werden, um den Wünschen nach Bauplätzen gerecht werden zu können Als Erschließungsgebiet kommt vor allem das Langenwingertäckergebiet in Frage, da sich für dort gelegene Bauplätze wieder Liebhaber finden. Es soll zunächst eine Straße angelegt werden, die von den Neubauten Kaufmann Vogel, Hauptlehrer Brenner, in der Langenwingertstraße im Bogen an dem Anwesen des Rechtsanwalts Voegele vorbei nach der Steigenhohlstraße zieht, und weiter eine Verbindundsstraße zwischen dieser neuen und der Schützenstraße. Gleichzeitig sollen auch die Kanalisation und die Versorgungsleitungen (Gas, Wasser und Elektrizität), letztere aus Mitteln der betreffenden Erneuerungsfonds, in diese neuen Straßen gelegt werden. Der Straßenbau mit der Entwässerungsanlage verursacht einen Kostenaufwand von etwa 32 500 Mark und muß mangels anderer verfügbarer Mittel aus Anlehensmitteln des allgemeinen Anlehensmarktes bestritten werden.

Da zu den Straßen- und Waldwegearbeiten ausschließlich Wohlfahrtserwerbslose (Ausgesteuerte) verwendet werden sollen, leistet die Arbeitslosenversicherung, vertreten durch das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland in Stuttgart, die bei den Notstandsarbeiten üblichen Förderungszuschüsse (verlorene Zuschüsse) in Höhe von 3 Mark pro Tagwerk jedes beschäftigten Arbeitslosen nicht und gewährt auch keine verbilligten Darlehen. Daß sich durch das Wegfallen dieser Vergünstigungen die Stadtgemeinde erheblich schlechter stellt, als wenn diese Arbeiten als Notstandsarbeiten durchgeführt würden, liegt auf der Hand Es kann deshalb für die beschäftigten Ausgesteuerten kein Tariflohn bezahlt werden, es muß vielmehr nach dem Beispiel verschiedener anderer Städte ein sogen. Fürsorgelohn gewährt werden. Nach einem Beschluß des Gemeinderats soll der Fürsorgegrundlohn bei Arbeitern über 24 Jahren 75 Pfg. in der Stunde betragen, wozu bei Verheirateten ein Frauenzuschlag von 3 Pfg. und Kinderzuschläge von 3 Pfg. für jedes Kind in der Stunde treten. Diese Fürsorgelöhne machen etwa 86 Prozent der in Frage kommenden Tariflöhne (Gemeindearbeiter-Tariflohn Klasse III) aus. Durch die Einführung dieser Fürsorgelöhne wird zwar für den Wegfall der Vergünstigungen, die die Stadt für den Fall gehabt hätte, daß sie diese Arbeiten als Notstandsarbeit ausgeführt hätte, ein Ausgleich nicht geschaffen, es tritt aber auf der anderen Seite durch die Beschäftigung eines Teiles der Wohlfahrtserwerbslosen auch eine Entlastung des Fürsorgeetats ein.

Zur Bestreitung der Kosten für Verzinsung und Tilgung der Darlehen für die Arbeiten soll das Erträgnis der Biersteuererhöhung verwendet werden, da voranschlagsmäßige Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen und bei der sparsamen Aufstellung des Voranschlags bei diesen auch nicht eingespart werden können.

**Gemeindebiersteuer.**

Nach § 6 Abs. 1 des zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930 (Notverordnung) sind die Gemeinden, die die Gemeindesteuer über den bis zum 1. August 1930 beschlossenen Satz erhöhen, verpflichtet, eine Gemeindebiersteuer mit den in der Notverordnung bezeichneten Sätzen oder eine Bürgersteuer mit einem Satz der mindestens dem Landessatz (§ 5 der Not.-V.O.) entspricht, zu erheben. Ettlingen hat bei der Verabschiedung des Voranschlags 1930/31 am 7./8. August d. J. die Gemeindesteuern gegenüber dem bisherigen Satze erhöht. Die Stadtgemeinde ist somit verpflichtet, eine der beiden Steuern zu erheben. Die Bürgersteuer kann jetzt noch nicht zur Einführung gelangen, weil verschiedene Voraussetzungen für ihre Erhebung (Landessatz und Vollzugsvorschriften) noch fehlen. Der Einführung der Gemeindebiersteuer nach den Sätzen der Notverordnung stehen derartige Hindernisse nicht im Wege, so daß, da eine der beiden Steuern eingeführt werden muß, praktisch nur die Gemeindebiersteuer eingeführt werden kann. Der Steuerertrag für den Rest des Rechnungsjahres soll zur Deckung des Zinsen- und Tilgungsdienstes für die Kapitalien verwendet werden, die zur Durchführung der vom Bürgerausschuß gleichzeitig zu beschließenden Notstandsarbeiten und Arbeiten zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen aufgenommen werden müssen.

**(Fortsetzung folgt.)**

# Durlacher Nachrichten

**Durlacher Schweinemarkt vom 20. September 1930.** Der Markt war befahren mit 68 Läufer- und 296 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 53 Läufer und 296 Ferkelschweine. Preis per Paar 60—80 und 30—45 Mark.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

# Die einmalige Anzeige

dient Ihrer Repräsentation. Das laufende Inserat dagegen gestaltet die Beziehungen zu Ihren Kunden lebhafter, knüpft neue Geschäftsverbindungen an und erhöht dadurch Ihren Umsatz. Diese von prominenten Reklamefachleuten auf Grund der Erfolge der Dauerinserenten festgestellte Tatsache sollte auch Sie veranlassen, sich zur Aufgabe einer laufenden Anzeige im „Mittelbadischen Kurier" zu entschließen. Lassen Sie sich von unserer Geschäftsstelle baldigst ausführliche Angebote unterbreiten.


## Aus Baden und Nachbarstaaten

**Heidelberg**, 23. Sept. (Guter Fang.) In der Samstagnacht fielen einem patroullierenden Polizeibeamten vier schwerbeladene Männer auf, die er sofort stellte. Zwei nahmen sofort reißaus, während der Beamte die beiden anderen festnehmen konnte. Doch bald darauf konnte ein Kriminalbeamter die beiden Flüchtigen ebenfalls dingfest machen. Es handelt sich um vier Einbrecher, die einen Raubzug in eine zur Zeit unbewohnte Villa in der Neuenheimer Landstraße unternahmen. In den Säcken hatten sie wertvolle Gegenstände, wie Silbersachen verpackt. Die zurückgelassenen Sachen waren so zusammengestellt, daß diese bei einem zweiten Besuch rasch weggeschafft werden konnten. Man glaubt, daß es dieselben Einbrecher sind, die schon früher Villeneinbrüche ausgeführt haben.

**Bruchsal**, 23. Sept. (Vereitelte Flucht eines ungetreuen Gerichtsvollziehers.) Flüchtig ging ein beim hiesigen Amtsgericht tätiger Gerichtsvollzieher. Dieser fuhr mit seinem Dienstauto bis Mosbach, wo er es stehen ließ und den Schnellzug nach Hamburg benutzte, um sich dort nach Amerika einzuschiffen. Man war ihm aber sofort auf der Fährte und verhinderte sein Ausreißen. Wie hoch sich die begangenen Unterschlagungen belaufen, ist noch nicht festgestellt. Der Flüchtige ist verheiratet und hat vier unmündige Kinder.

**Kehl a. Rh.**, 23. Sept. (Zwei Schwerverletzte durch Motorradunfall.) Samstagnachmittag fuhr zwischen der Ortschaft und dem Fort der Maschinenschlosser Valentin Boscherr von Goldscheuer auf der Landstraße auf bisher ungeklärte Weise einen des Wegs ziehenden Handwerksburschen um und kam dadurch selbst mit seinem Motorrad schwer zu Fall. Mit einem Schädelbruch und sonstigen Verletzungen wurde er in Gesellschaft des ebenfalls schwer verletzten Handwerksburschen ins Kehler Krankenhaus eingeliefert.

**Offenburg**, 23. Sept. (Selbstmord des Heiratsschwindlers in Offenburg.) Der vor einigen Tagen vom hiesigen Schöffengericht wegen Heiratsschwindeleien verurteilte Kurt Wilhelm Mayer hat durch die Einnahme vieler allmählich gesammelter Schlaftabletten, so wenigstens wird vermutet, einen Selbstmordversuch unternommen. Mayer wurde am Samstag ins Krankenhaus eingeliefert, woselbst er Montagmorgen verschied.

**Müllheim**, 23. Sept. (109er-Tag.) Der am Sonntag in Müllheim stattgefundene Tag der badischen 109er nahm einen guten und befriedigenden Verlauf. Von auswärts waren nicht weniger als ca. 600 Kameraden und ihre Angehörigen erschienen.

## Aus der Landeshauptstadt

** **Von hinten angefahren und schwer verletzt.** Am Sonntag abend fuhr auf der Landstraße zwischen Karlsruhe und Durlach bei der Dornwaldsiedelung ein aus Richtung Karlsruhe kommender Personenkraftwagen einen dort haltenden Motorradfahrer von hinten an. Der Motorradfahrer und sein Sozius wurden etwa 15 Meter weit geschleift und der erstere ziemlich schwer verletzt. Der Soziusfahrer kam mit dem Schrecken davon. Der Personenkraftwagen wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden. —

## Handels-Nachrichten

**Mannheimer Produktenbörse vom 22. September.** (Amtlich.) Amtlich notierten bei ruhiger Tendenz: Weizen inl. 25—25.50, ausl. 30—31, Roggen inl. 16.75—17.25, Hafer inl. 16—17, Braugerste inl. 21.50—23.25, Futtergerste 17.50—18, Sojaschrot 14.25—14.50, Biertreber 10—10.75, Trockenschnitzel 7, Weizenmehl südd. 40.25, Roggenmehl 60%ig 27.25—28.50, Weizenkleie 6—6.25, Reps 28, Leinsaat 34 RM.

**Mannheimer Großviehmarkt vom 22. September.** Dem Mannheimer Großviehmarkt am Montag waren zugeführt: 235 Ochsen, 161 Bullen, 223 Kühe, 385 Färsen, zusammen 1003 Stück Großvieh, ferner 602 Kälber, 61 Schafe, 3553 Schweine, 2 Ziegen. Insgesamt 5362 Stück Vieh. Bezahlt wurden pro 50 Kg. Lebendgewicht: Ochsen: 60—62, 48—51, 49—53; Bullen: 52—54, 46—48, 44—46; Kälber: 82—85, 74—80, 68—72, 60—66; Schafe: 42—46; Schweine: 61—62, 62—63, 63—65, 64—65, 62—63, 61—62, 50—55; Ziegen: 12—24; Färsen: 62—69, 54—58, 42—46. Marktverlauf: Großvieh mittel, Kälber mittel, geräumt, Schweine mittel, später langsam.

**Mannheimer Pferdemarkt vom 22. Sept.** Dem Mannheimer Pferdemarkt am Montag waren zugeführt: 86 Arbeits- und 55 Schlachtpferde. Bezahlt wurden pro Stück für Arbeitspferde 800—1800 Mark, Schlachtpferde 50—170 M. Der Marktverlauf war in beiden Gattungen mittel.

**Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 22. Sept.** Zum heutigen Karlsruher Schlachtviehmarkt betrug der Auftrieb: 27 Ochsen, 62 Bullen, 42 Kühe, 166 Färsen, 59 Kälber, 1325 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 kg Lebendgewicht in RM. für Ochsen: 55—59, 53—55, 52—53, 50—52, 48—50, 47—48; für Bullen: 53—54, 50—51, 49—50, 47—49; Kühe: —, 27—37, 19 bis 27, —; Färsen: 56—62, 48—54; Kälber: —, 75—78, 72 bis 75, 56—51; Schweine: 60—62, 62—64, 64—66, 65—67, 61—64, 44—46. Marktverlauf: Großvieh langsam, Ueberstand, bei Schweinen lebhaft, geräumt, Kälber geräumt.

## Letzte Nachrichten

### Neue Erhöhung des Privatdiskontsatzes

**Berlin, 23. Sept. Nachdem erst am Sonnabend eine Heraufsetzung der Privatdiskontsätze um 1/8 v. H. erfolgt war, führte das andauernde Angebot an der Montagsbörse zu dem Beschluß, eine neue Erhöhung vorzunehmen. Die Sätze werden einheitlich für kurze und lange Sichten wiederum um 1/8 v. H. heraufgesetzt. Sie betragen jetzt 3 3/8 v. H.**

**Ein Militäraufstand.**

ist in Südchile, in der Stadt Concepcion, ausgebrochen. Die Stadt soll sich fest in den Händen der Aufständischen befinden. Der Aufstand wird von Offizieren geleitet.

### Bücherschau

**Carl Seilacher**-Herrenalb, der bekannte Albtalgeschichtsforscher, hat kürzlich eine Novelle veröffentlicht, welche die Legende vom Leben und Wirken der heiligen **Barbara von Langensteinbach** erzählt. Das kleine Büchlein ist ansprechend geschrieben und verdient in den weitesten Kreisen gelesen zu werden. Wir erleben die rauhe Zeit der Völkerwanderung, wo in unserer Gegend zwischen Franken und Alemannen bittere Kämpfe tobten. Gandula, die Tochter des Alemannenherzogs, lernt dabei das Christentum, die Religion der Franken kennen und entschließt sich nach langen innern Kämpfen, Christin zu werden. Sie entflieht heimlich aus der väterlichen Burg und findet in einer Felsenhöhle bei Langensteinbach eine Ruhestatt, wo sie durch Beten und Krankenpflege ihrem Gotte dient. Ihr Vater aber überrascht sie eines Tages mit der Aufforderung, dem Christengotte abzuschwören und nach Hause zurückzukehren. Als Gandula oder Barbara, wie sie seit ihrer Taufe heißt, sich standhaft weigert, greift er in jähem Zorn nach seinem Schwert und schlägt seiner Tochter das Haupt ab. An der Stelle, wo die heilige Jungfrau den Tod fand, wurde eine Kapelle gebaut, deren Ruinen heute noch im Walde bei Langensteinbach zu sehen sind. — Alle, die ein Herz haben für die heimatlichen Geschehnisse vergangener Zeiten werden das Büchlein, welches in jeder Buchhandlung zu haben ist, mit Freude lesen. Es ist auch wie geschaffen als Geschenk für die reifere Jugend, in der die Heimatliebe geweckt werden sollte.

### Wetterbericht

Witterungsaussichten für Mittwoch: Erneute Bewölkungszunahme und Regenneigung.


**Zurück**
**Dr. Heraucourt**

**Zwangsversteigerung**

**Am Mittwoch, den 24. September, vormittags 11 Uhr**, werde ich in Ettlingen, Zusammenkunft beim Rathaus, gegen Barzahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1 Waschkommode mit weißem Marmor-Aufsatz und geschliffenem Spiegel, 1 Kleiderschrank (2türig, eichen furniert).
Ettlingen, den 23. September 1930.
**Die Vollstreckungsstelle.**

**Zwangsversteigerung.**

**Am Mittwoch, den 24. September 1930**, werde ich in Ettlingen im Rathause gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
Etwa 10 Ster Brennholz, 1 Pferd, 1 schweren Steinwagen, 1 Bild mit Goldrahmen, 1 Nähmaschine, 1 Nähmaschine.
Ettlingen, den 22. September 1930.
Dietrich, Gerichtsvollzieher.

**Holzhauerei-Vergebung.**

Angebote auf die Holzhauerei 1930/31 nach Ster und Festmeter und nach einzelnen Abteilungen sind bis zum **Freitag, den 26. ds. Mts.**, abends ½6 Uhr, an die Waldmeisterei einzureichen.
Die Unterlagen können daselbst am Mittwoch, den 24., und Donnerstag, den 25. d. M., abends von 5—½6 Uhr, eingesehen werden.
Ettlingen, den 22. September 1930.
**Der Bürgermeister.**

**Verein der Rebleute e. V. Ettlingen**

**Trauben-Versteigerung.**

**Am Mittwoch, den 24. September, nachmittags 5 Uhr**, wird der Traubenerwachs aus dem Vereinsgrundstück „unterer Mittelberg" öffentlich versteigert.
Besichtigung der Trauben von 4 Uhr nachmittags an. — Zusammenkunft beim Vereinsgrundstück.
**Der Vorstand.**

**Bei der knappen Obsternte**
sollten Sie doppelt bedacht sein, auch ein haltbares und gutes Getränke zu erzielen.
**Vergären Sie deshalb**
**Obst-, Beeren- und Traubenmoste**
mit
**Kitzinger Reinzuchhefen**
Einfach und billig im Gebrauch, Flasche zu **Mk. 0.50, 1.-, 2.- u. 4.-**
Frische eingetroffen.
Gebrauchsanweisung gratis.
Alle übrigen Artikel für die **Mostbereitung** wie: **Weinsteinsäuere, Tannin, Schwefel, Korke, Spunden, Faßteig, Gärrohre, Faßhahnen, Schwefeltabletten usw.** in bester Qualität vorrätig.
**Drogerie Friedrich Karl Schimpf,**
**Emil Reiß Nachfolger.**

**Stellen-Anzeigen**
für den
**Personal-Anzeiger des „Daheim"**
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.
Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage u. der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig sie betragen gegenwärtig 10 Pf. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.
**Die Geschäftsstelle des Mittelbadischen Kuriers**

Zuverlässiges, im Haushalt erfahren.
**Mädchen**
nicht unter 18 Jahren für tagsüber **sofort gesucht.**
**Frau Franz Köhler,** Marktplatz.

**2 Wagenräder**
gut erhalten, von Militärwagen, **zu verkaufen.** Näh. im „Kurier".

**In großer Auswahl sind eingetroffen:**
**Wolldecken,** kamelhaarfarbig 20.75, 17.50, **15.—**
**Kamelhaardecken,** rein Kamelhaar von **30.50** an
**Steppdecken,** Oberseite Kunstseide von **28.—** an
**5% Rabatt**
**Wäsche- und Betten-Haus OERTEL**
**KARLSRUHE** Kaiserstraße 101-103

Großes altrenommiertes, auswärtiges
**Möbelhaus**
liefert **Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Matratzen, Divans, Chaiselongues, Kleinmöbel** in großer Auswahl auf Ratenzahlung bis 2 Jahren Ziel, auch ohne Anzahlung. Schriftl. Anfragen an d. Gesch. ds. Bl. u. E 199

In einem Neubau schönes gutes
**möbl. Zimmer**
mit Badbenützung a. 1. November **zu vermieten.** Näheres im „Kurier".

Schönes, helles
**Zimmer**
eventl. mit Küche sofort **zu mieten gesucht.** Adressen an den „Kurier" erbeten.

**EISU-Stahl-Holz-Betten**
Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster, Stahlmatr., Chaisel. a. Private. Ratenzl. Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

**Neu erschienen:**
Novelle von **Carl Seilacher** über
**Leben u. Wirken der heiligen Barbara von Langensteinbach**
Erhältlich zu **1.- Mark** das Stück in den Buchhandlungen **Jul. Schmitt, Emil Oehs** u. **F. X. Lechner,** in Langensteinbach in den Buchhandlungen **Jakob Rlod und Karl Rlod.**

**Technikum Ilmenau i. Thür.**
Ingenieurschule für Maschinenbau u. Elektrotechnik. Wissenschaftliche Betriebsführung. Werkmeisterabtlg.

**Den Bürgermeisterämtern**
empfehlen wir für das Standesamt
**Todesanzeigen eines Elternteils an das Vormundschaftsgericht.**
**Wiederverehelichungsanzeige an das Jugendamt.**
**Geburtsanzeigen an das Vormundschaftsgericht.**
**Anzeigen-Vollzugsnachweis Kostenverzeichnis für das Standesamt.**
**Buchdruckerei R. Barth**

**Jagd-Verpachtung**

Am **Mittwoch, den 8. Oktober ds. Js.**, nachmittags 2½ Uhr, wird die Jagd der Gemeinde **Reichenbach** im Rathause daselbst auf die Dauer von 6 Jahren öffentlich verpachtet, wozu Jagdliebhaber auf die genannte Zeit eingeladen werden.
Die Gemarkung umfaßt ca. 454 Hektar Feld und Wald.
Reichenbach, den 19. Sept. 1930.
**Bürgermeisteramt.**
Becker.